

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 53.

Seitensprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 8.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitest Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 24

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab.

Montag, 31. Januar 1921. (Petrus N.)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Oberschlesier!

Wer seinen Stimmanttrag

nicht so rechtzeitig bei der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände Heimatsteuer Oberschlesier einreicht, daß er bis zum 3. Februar vorliegt,

versündigt sich am Vaterlande!

Europas Selbstzerfleischung.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 29. Jan. Der „Vorwärts“ gibt unter der Überschrift „Immer feste Spalten!“ am 29. Januar folgende Meldung wieder: Die Kreisversammlungen in Mülhausen ergaben nach der Spaltung der sozialistischen Partei im Oberelsaß eine bedeutende Niederlage der Sozialisten. Der Sozialistische Block erhielt 8220, die sozialistische Partei 1780 und die kommunistische 1115 Stimmen.

Berlin, 30. Jan. Auf die Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Dittell, ob während des Krieges Lenin, Trotzki und andere Bolschewiken von der deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt worden seien, hat Reichsminister Simon die Antwort erteilt, daß die Akten des Auswärtigen Amtes keinen Anhaltspunkt dafür geben.

Berlin, 30. Jan. Die Festigung des bisherigen Kabinetts Boes zum Oberbürgermeister von Groß-Berlin durch den Regierungsvertrag ist gestern vormittag im Reichstagspräsidentenrat beschlossen worden. Die Einführung des neuen Oberbürgermeisters wird in der nächsten Woche erfolgen.

Kiel, 30. Jan. In der Reichshauptstadt ereignete sich beim Ausprobieren einer Turbinen-Explosion. Zwei Ingenieure wurden getötet und 7 Arbeiter leicht verletzt.

Paris, 31. Jan. Die Konferenz hat die Republik Georgia als Staat anerkannt.

Paris, 31. Jan. Lloyd George hat Paris verlassen.

London, 31. Jan. Daily Mail sagt voraus, daß in England allgemeine Wahlen zu Beginn des April stattfinden werden.

London, 30. Jan. Der Evening Standard meldet, daß die Bolschewiken große Bestellungen auf den Lebensbedarf der englischen Armeevorräte gemacht haben und einige englische Ausfuhrkisten große Mengen Kriegsmaterial an Rußland liefern.

Man sieht darin ein Zeichen, daß Rußland neue Angriffspläne vorbereitet. Wie es heißt, bezahlte Rußland mit Gold, und zwar durch Vermittlung einer Stockholmer Bank. Ein bolschewistischer Vertreter soll gesagt haben, daß man sich über die Ausfuhr des russischen Goldes keine Sorgen zu machen brauche, da Rußland noch über große Mengen Platin verfüge.

New York, 29. Jan. Zur Verteidigung aller in Europa verletzten nationalen und religiösen Minderheitsrechte hat sich ein Komitee gebildet, dem angeblich: Kap. Bryan, Hoover, Kardinal Gibbons, Vorkämpfer Morgenbau u. a. m.

Englisch brüten.

42 Jahresraten.

Paris, 29. Jan. Die Sitzung des engeren Ausschusses ging heute nacht 12.30 Uhr zu Ende. Ueber den Inhalt des Entwurfes, den der Ausschuss heute nacht ausgearbeitet hat, der von der Konferenz beauftragt war, für die Lösung der Wiedergutmachungsfragen Vorschläge zu machen, berichtet heute der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur:

Das vorgesehene Zahlungssystem umfaßt 42 Jahresraten. Vom 1. Mai 1921 ab sollen zwei Jahre hindurch je zwei Milliarden Goldmark gezahlt werden, in den drei folgenden Jahren je drei, vier und fünf Milliarden Goldmark, und für den Rest der Jahre sechs Milliarden. Die Gesamtsumme der Zahlungen wird auf 225 Milliarden Goldmark festgesetzt.

Für die Dauer von 42 Jahren soll Deutschland 12 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr bezahlen. Diesen Betrag soll die Wiedergutmachungskommission erheben. Deutschland wird für Vorauszahlungen in den ersten zwei Jahren ein Diskont von 8 Prozent, für die zwei nächsten ein solcher von 6 Prozent und für den Rest der Jahre von 5 Prozent bewilligt werden.

Als Sicherheit für die Zahlungen sollen die deutschen Zolleinnahmen dienen, evtl. sollen neue oder höhere Zagen verlangt werden.

Außerdem behält man sich das Recht vor, noch andere Maßnahmen zu treffen, wenn das Ergebnis der vorgesehenen Maßnahmen als nicht genügend erkannt wird. Die Wiedergutmachungskommission wird das Recht erhalten, jede auswärtige Anleihe Deutschlands zu kontrollieren. Die unterbrochene Sachverständigenkonferenz von Brüssel soll, um die Ausführungsmaßnahmen des Abkommens festzusetzen, baldigst wieder zusammentreten.

Die „Sanktionen“.

Paris, 29. Jan. Die Vollversammlung der Interalliierten Konferenz begann heute vormittag 11.15 Uhr. Barthou, Foch, Marshall, Wilson und die Sachverständigen für Militär-, Marine- und Luftfahrtangelegenheiten waren zu der Versammlung berufen worden, die sich, wie der Havas-Berichterstatter sagt, tatsächlich mit der Frage der zu ergreifenden „Sanktionen“ im Falle der Nichtausführung der Deutschland auferlegten neuen Verpflichtungen bezüglich der Entwaffnung und der Reparationen befassen sollte. Diese Verpflichtungen soll die Konferenz zunächst noch festlegen.

Wie die Havas-Agentur nichtoffiziell meldet, nahm die Konferenz in ihrer Vormittagsitzung den Bericht des interalliierten militärischen Ausschusses in Versailles über die Entwaffnungsfrage an. Es wurde hiernach Deutschland für jede der noch auszuführenden Maßnahmen eine Frist bis 1. Juli bewilligt. Die folgenden Sicherungen zur Durchführung sind vorgesehen:

1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande.
2. Befestigung neuer deutschen Gebiete.
3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden und endlich auf Antrag von Lord Curzon
4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Eine andere Sprache.

Rom, 30. Jan. Das Urteil der römischen Presse über die Pariser Beschlüsse lautet geradezu vernichtend. Die Epoca schreibt, der ganze Friedenskomplex habe durch die Festlegung der deutschen Schuld auf eine phantastische Ziffer einen entscheidenden Rückschritt gemacht. Der Popolo Romano hebt hervor, daß die Voraussetzungen, um Deutschland eine so ungeheure Summe abtragen könne. Die beschlossene Abgabe auf die Ausfuhr falle schließlich auf die Industriewirtschaft der verbündeten Länder zurück. Das Blatt faßt sein Urteil dahin zusammen: Europa sei von Spanien Paris auf dem Krebsweg gegangen, und alle Anstrengungen, Sieger und Besiegte zu gemeinsamer Anstrengung zu vereinen, seien elend gescheitert. Auch der Leitartikel des Tempo nennt die festgesetzte Summe einfach phantastisch und schließt, nicht nur ein neuer Vertrag, sondern auch ein neuer Geist sei Europa nötig.

Paris, 30. Jan. Nach einer Meldung der Agentur Radio aus Washington hat der amerikanische Finanzmann Banderlip einem Ausfrager erklärt, er glaube nicht, daß Deutschland die geforderte Summe bezahlen könne.

Allgemeine Ablehnung.

Berlin, 31. Jan. Von links bis rechts herrscht Einmütigkeit darüber, daß keine deutsche Regierung dem Plane der Entente zustimmen kann.

Die „Germania“ führt aus: Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben und haben uns darin zur Wiedergutmachung verpflichtet. Aber nie und nimmer wird sich eine ihrer Verantwortung bewußte deutsche Regierung und ein deutsches Parlament finden, die sich zu einem solchen Wahnsinn wie der Anerkennung der über jedes Maß hinausgehenden Verpflichtungen verstehen würden, wie sie jetzt in Paris zu Papier gebracht worden sind. Und die Alliierten werden auch nie den Erfolg, den sie nach ihrem Lebenserfolg erhoffen, erzielen, wenn sie deut-

liches Gebiet besetzen und die deutschen Einnahmen mit Beschlagnahme belegen. Im übrigen gibt es für Staatsmänner keinen größeren Fehler, als wenn sie den Sinn für die Wirklichkeit verlieren. Diesen Fehler hat jetzt Lloyd George begangen, nachdem ihm Briand und Doumer darin vorangegangen sind. Aber auch diese Kammer wird noch zu der Einsicht kommen, daß mathematische Formeln, die die Realitäten nicht berücksichtigen, sondern mit imaginären Begriffen rechnen, keinen Wert haben.

Dazu schreibt die Kölnische Zeitung:

Man darf wohl mit Recht fragen, ob es einen verständigen Staatsmann gibt, der glauben könnte, es finde sich ein deutscher Mann, der unter ein derartiges Abkommen seinen Namen setzen würde. Entweder sind die ausgetretenen Nachbarn falsch oder Europa hat heute, am 29. Januar, einen Tag zu vergeuden, der noch schwerer als der 28. Juni 1919 wäre. Was ist aus all den schönen Worten geworden, die in den letzten Monaten vergeblich wurden? Wo bleibt die Rücksicht auf die Volksabstimmung in Oberschlesien? Wo ist die Hilfe, um Deutschland wieder arbeitsfähig zu machen? Welche sind die Erleichterungen, wenn man uns 42 Jahre zu Knechtschaft machen will? Gibt es einen Staatsmann, der glauben könnte, trotz 12prozentiger Ausfuhrsteuer könne man genügend Waren ausführen, um eine jährliche Entschädigung von sechs Milliarden Goldmark zu bezahlen? Glauben etwa die Völkswirte des Verbandes, die deutsche Mark könne gehoben werden, wenn dem Lande härten aufgelegt werden, die das Land nicht ertragen kann? Der jetzige Kompromiß bedeutet eine Verewigung des wirtschaftlichen Elends in Europa.

Der „Vorwärts“ sagt: Wieder haben politische Erwägungen über die wirtschaftliche Vernunft gefiegt. Das Ministerium Briand ist gerettet. Die Kammer des Nationalen Worts wird ihn mit vornehmendem Beifall empfangen und den öffentlichen Anschlag seiner Rede beschließen. Lloyd George hat sich einige Wochen Ruhe von seinen Northcliffe erlaubt. All right!

Am „Berliner Tageblatt“ heißt es u. a.: „Wir können nur wiederholen, daß die sog. Pariser Konferenz uns nicht wie eine Versammlung vernünftiger, sachkundiger und ernsthafter Männer, sondern wie ein Tollhaus erscheint. Die Rechnung, die von der alliierten Kommission aufgestellt worden ist und 6 Milliarden Goldmark Jahreszahlungen von 2 bis 6 Milliarden Goldmark auferlegen will, ist so grotesk, verstoßt gegen jede vernünftige Überlegung, daß eine ernsthafte Beschäftigung mit diesem Zifferngebäude sich überhaupt nicht lohnt.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, daß die angegebenen Zahlen sowohl was die gleitenden Jahresraten, wie die Gesamtsumme angeht, völlig außer Verhältnis zur deutschen Leistungsfähigkeit stehen. Es sind Ziffern, die überhaupt nicht zur Diskussion gestellt werden können. Mit der Einwilligung des deutschen Volkes darf der Wahnsinn, den die Pariser Konferenz zustande gebracht hat, niemals verwirklicht werden.

Die konservative „Kreuzzeitung“ sagt: Selbstverständlich kann die deutsche Regierung, hinter der das gesamte deutsche Volk steht, in dieser Frage niemals eine Zustimmung zu diesen Forderungen geben und eine derartige Abmachung unterschreiben, die als nie und nimmer erfüllbar der Entente stets neue Vorwände für fortgesetzte Erpressungen geben würde.

Die französischen Kohlenforderungen.

Paris, 30. Jan. Nach einer Havas-Meldung verlangt die französische Regierung eine monatliche Lieferung von 200 000 Tonnen. Die Bezahlung von fünf Goldmark für die Tonne, die für die Ernährung der deutschen Bevölkerung bestimmt war, soll aufgehoben werden, dagegen eine Prämie für eine besonders gut ausgeführte Kohle bewilligt werden. Der Wiedergutmachungsausschuss soll die Ausführung des Abkommens überwachen.

Unsere Ernährungslage.

Wir lesen in der „Germania“ u. a.: Auf der Suche nach einem zugkräftigen Agitationsmittel für die Landtagswahlen haben die Sozialisten nichts anderes finden können als unsere betriebliche Ernährungslage. Diese Spekulation wird damit gewiß nicht edler und besser, daß man nun, wie der Vorwärts das in diesen Tagen tut, einen Teil aus dem Gesamtfragentumplex herauslöst und einseitig politisch auszunutzen versucht. Das Blatt nennt einige Zahlen über angeblich geplante neue Preise für Inlandsgetreide. Offiziell ist dazu bereits erklärt worden, daß es sich keineswegs um feststehende Tatsachen handelt, sondern erst Ende Februar auf der gemeinsamen Konferenz der einseitig Ernährungsminister endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Um so fälschlicher ist die Wertung, die sie auf sozialistischer Seite finden.

Einige Bemerkungen über unsere Ernährungslage im Ganzen! Da haben wir es vor allem mit der beachtenswerten Tatsache zu tun, daß sie gegenüber dem Vorjahr, in dem unsere Ernährungspolitik noch unter der Verantwortung des sozialistischen Wirtschaftsministers Robert Schmidt stand, in mehreren Punkten sich beträchtlich verändert hat. In erster Linie ist die Preisfrage, die zur Verfügung stehenden Mengen weit günstiger sind. In erster Linie gilt das vom Fleisch, Fett- und Kartoffelmarkt. Insbesondere war frisches Fleisch damals fast nur für diejenigen erreichbar, die Schleifhandelsbeziehungen hatten. Und wer erinnert sich nicht mit Schauern seiner Kartoffelfahrmaterfahrten, die wir fast alle vor Jahresfrist unter erheblicher Aufopferung von Zeit und Geld auf das Land machen mußten. Haben wir heute nicht viel mehr Kartoffeln am Markt, so daß uns alle jene Mühseligkeiten erspart bleiben, wenn wir auch Preise zahlen müssen, die den damaligen Schleifhandelspreisen unerfreulich angenähert sind? Was aber die Fleischpreise betrifft, insbesondere die so überaus wertvollen Lebensmittel Schmalz und Margarine, so haben sie gerade in diesen Tagen einen erheblichen Sturz erfahren und sind in die Verkaufsstände reichlich hineingewandert.

Dazu kommt nun der nicht minder dankenswerte Fortschritt einer bedeutenden qualitativen Verbesserung unserer Broternährung. Womit hat man im Vorjahr das Nicht alles gestreckt! Damit wollen wir gewiß nicht behaupten, unser Brot sei heute ideal.

Vielleicht wird der eingetragene Gegner unserer Ernährungspolitik nun geneigt sein, gerade deshalb eine Herausforderung des Preises für das Inlandsgetreide für verwerflich zu erklären, weil er dem Vorwärts glaubt, daß dies einer neuen Verteuerung des Brotes unbedingt gleichkomme. Aber das ist um deswillen ein Trugschluß, als wir mit unserer Brotversorgung überwiegend vom Ausland abhängig geworden sind. Nehmen wir an, daß der Gesamtbedarf an Brotgetreide für Deutschland vier Millionen Tonnen beträgt, von denen in diesem Jahre ungefähr eine Millionen Tonnen aus der Inlandsgetreideernte erzielt wird, so ergibt sich, daß wir drei Millionen Tonnen im Ausland kaufen müssen. Dafür ist nach dem Durchschnitt der letzten Monate ein Preis von circa 6000 Mark pro Tonne notwendig. Das würden für drei Millionen Tonnen (diese Ziffer ist etwas hoch gegriffen, wir brauchen voraussichtlich etwas weniger) 18 Milliarden Mark ausmachen. Die 1 Millionen Tonnen Inlandsgetreide würde nach dem gegenwärtigen Satzen etwa 1,5 Milliarden Mark kosten. Für die 4 Millionen Tonnen Gesamtbedarf macht das insgesamt 19,5 Milliarden Mark. Wird nun der Preis für Inlandsgetreide um ein Drittel, also um 500 Mark auf 2000 Mark pro Tonne in die Höhe gehoben und damit eine stärkere Abhängigkeit im Bedarfs von 500 000 Tonnen erzielt, so betragen wir 1 1/2 Millionen Tonnen Inlandsgetreide für die öffentliche Versorgung zum Preise von 3 Milliarden Mark. Im Auslandsetreide wäre dann 1/4 Millionen Tonnen weniger notwendig, also nur 2 1/2 Millionen Tonnen für 15 Milliarden Mark. Der Gesamtbedarf für die 4 Millionen Tonnen deutschen Bedarfs würde also bei den erhöhten

Preisen für Inlandsgetreide um 1 1/2 Milliarden Mark geringer sein als bei den jetzigen Preisen. Verschiebt man die Zahl noch weiter und nimmt man an daß Inlandsgetreide mit 3000 Mark bezahlt würde, also doppelt soviel wie heute, und daß dann 2 1/2 Millionen Tonnen im Inlande erfaßt würden — eine Summe, die 1918 noch erfaßt wurde — dann würden für das Inlandsgetreide 7 1/2 Milliarden zu zahlen sein, für die übrigen 1 1/2 Millionen Tonnen Auslandsgetreide 9 Milliarden. Wir würden also bei diesem enorm hohen Inlandsgetreidepreis 3 Milliarden weniger zahlen als heute.

Diese nur beiläufig gewählten Zahlen beweisen, daß eine auf Erhöhung der Inlandsproduktion abzielende Inlandspreispolitik durchaus nicht eine Verteuerung des Brotes im Gefolge haben muß, wie der Vorwärts glauben machen will.

Auf alle Fälle bleibt bei der Beurteilung unserer heute wie vormals überaus schwierigen Ernährungslage zu berücksichtigen, daß das Problem bei uns ein doppeltes ist, nämlich ein solches des Preises und der ausreichenden Menge. Daß das letztere die letztere Seite in erster Linie zu einer befriedigenden Lösung geführt werden muß, sollte keine Streitfrage sein. Es ist doch auf jeden Fall das kleinere Übel, etwas teure Lebensmittel in genügenden Quantitäten zu haben, als billige in kleineren Mengen, mit denen wir unmöglich ausreichen. Das Reich hat bisher bereits erhebliche Zuschüsse geleistet, um die Brotpreise nicht allzu hoch hinausschnellen zu lassen. Um so unregelmäßiger es, die Not unserer Ernährungslage, die unbefriedigend ist, als wirksam ein Agitationsmittel für Wahlzwecke in einseitiger Darstellung auszunutzen zu wollen.

Kinder, liebt einander!

Aus Breslau berichtet die Telegraphen-Union folgenden:

Die schlesische Landwirtschaftskammer trat am Donnerstag im Landeshause zu ihrer letzten Sitzung vor der Neuwahl zusammen. Der Präsident, Geheimrat v. Kipping, gedachte der Landwirtschaftskammer. Dabei gedachte er des Geburtstages des Kaisers. Die Versammelten erhoben sich bei den letzten Worten von den Vätern, mit Ausnahme des ober-schlesischen Oberpräsidenten Bitta, des Regierungspräsidenten Dr. Jänike und des Breslauer Oberbürgermeisters Dr. Wagner. Man hörte Hurrahs mit der Aufforderung, den Saal zu verlassen. Regierungspräsident Dr. Jänike und Oberbürgermeister Dr. Wagner entfernten sich, während Oberpräsident Bitta sitzen blieb. Im weiteren Verlauf der Versammlung erklärte Geh. Regierungsrat v. Kipping sein Bedauern über die Zwischentritte, welche das Gastrecht verletzt hätten.

Der Vorfall ist infolgedessen tief bedauerlich, als es in unserer Zeit nicht sein muß, alle Gegenstände, an denen wir ohnehin Ueberfluß haben, zu vermeiden. Auch Herr v. Kipping hätte sich fragen müssen, ob die Regierungsbereitschaft nicht in seinen Worten eine Demonstration gegen die gegenwärtige Verfassung erblicken mußten, und er nicht letzten Endes einen peinlichen Zwischenfall heraufbeschwören würde. Mit derartigen Unhöflichkeiten erweist man u. G. dem monarchischen Gedanken einen schlechten Dienst. Wir sind heute — leider Gottes — im deutschen Volke noch nicht soweit, daß auf allen Seiten die Würde und Ruhe, auch solche Szenen, in denen sich ohne Frage traditionelle Empfindungen mit solchen der Staatsklugheit stoßen, nicht gefördert werden könnten. Hier fehlt's: Staatsgefürung, Volkserziehung! Wann wird das besser werden?

Deutsche und französische Steuerlasten.

In der Auseinandersetzung in der Pariser Konferenz am Donnerstag hat Lloyd George gesagt, es sei unzulässig, daß die deutschen Steuerzahler weniger belastet seien, als die der verbündeten Länder.

Es ist daher angebracht, an der Hand einer von der deutschen Regierung auf eine der Brüsseler Fragen gegebene Antwort betreffend die Steuerlasten in Deutschland einen Vergleich zwischen den deutschen und französischen Steuerlasten aufzustellen. Zunächst betont die deutsche Antwort: „Eine weitere Erhöhung der Höhe der direkten Reichsteuern dürfte wohl außerhalb jeder Möglichkeit liegen, denn Deutschland hat seine großen Vermögen und großen Einkommen bereits außerordentlich belastet. Es fehlt nicht an Stimmen, welche die Ansicht vertreten, daß die direkte Besteuerung in Deutschland zu hoch wäre.“

Bei den unteren Einkommenstufen ist die Belastung durch die Einkommensteuer schon außerordentlich hoch, wesentlich höher als in anderen Ländern. So beträgt beispielsweise unter Berücksichtigung aller Abzüge und Ermäßigungen die Belastung des Einkommens aus Lohn- und Gehaltsbehalten bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit vier Kindern unter 21 Jahren bei einem Einkommen von

	In Deutschland	In Frankreich
6000 M. bez. Fr.	12 M. 200 v. S.	84 Fr. 054 v. S.
10000 M. bez. Fr.	200 M. 14 v. S.	546 Fr. 273 v. S.
20000 M. bez. Fr.	12100 M. 243 v. S.	2423 Fr. 455 v. S.
100000 M. bez. Fr.	32500 M. 3250 v. S.	3310 Fr. 831 v. S.

Dabei sind für Frankreich allgemeine Einkommensteuer und Spezialsteuern zusammen gerechnet. Diese Uebersicht zeigt, daß die Steuerlasten aus dem niederen und mittleren Einkommen in Deutschland schon außerordentlich hoch gespannt sind. Bei der geringen Kaufkraft des deutschen Geldes wirkt dies doppelt hart; denn wenn beispielsweise in Frankreich jemand von 20 000 Fr. Arbeitseinkommen noch 18 454 Fr. (nach Abzug der allgemeinen und speziellen Einkommensteuer) übrig behält, dann kann er davon mindestens das Dreifache kaufen wie ein Deutscher, dem nach Abzug seiner Steuern noch ebensoviel Mark verbleiben würden.

Deutscher Reichstag.

Die Eröffnung des Brotgetreides. Berlin, 29. Jan. In Anwesenheit einiger Reichstagsabgeordneter hielt der Reichstag heute eine Sitzung ab, die zunächst die beiden Entwürfe über eine Abgabe zur Förderung des Brotgetreides an einen Ausschuss verwies. Bekanntlich haben die Reichsregierung und der Reichstag getrennte Entwürfe zu dieser Materie eingebracht, von denen sich der erste auf der Mehlsteuer, der zweite vorwiegend auf der Grundsteuer aufbaut. Dann ging der Reichstag zur zweiten Beratung des Notstands in Verbindung mit dem Ergänzungsetz für das Landwirtschaftsministerium über. Bei dieser Gelegenheit mußte der Reichstag eine lange Aussprache über unsere Versorgung mit Brotgetreide über sich ergehen lassen, die bereits im Anschluß mit aller Gründlichkeit und mit weitgehender Uebereinstimmung der Parteien erledigt worden war, und zwar nur deswegen, weil die Unabhängigen und Kommunisten dieser Ausschussberatung nicht beigestanden hatten.

Im Ergänzungsetz für das Landwirtschaftsministerium wurden Summen genannt, die in ihrem Endpunkt auf die Verbesserung der Versorgung mit Brotgetreide hinauslaufen. Es besteht die Notwendigkeit, bis zum 1. April 1921 für den Ankauf von Auslandsgetreide 5 1/2 Milliarden mehr aufzuwenden zu müssen. Damit brauchen wir im ganzen über 10 Milliarden, um bis zur nächsten Ernte unseren Getreidebedarf aus dem Ausland zu decken. Die einstimmige Meinung des Ausschusses ging dahin, daß damit ein genügender Anreiz nicht gegeben werde, und sprach sich dahin aus, daß von einer Preisfestsetzung ganz abgesehen und den Getreideerzeugern der Vorteil geboten werden soll, daß gegen einen Zentner Brotgetreide bis zu 1 1/2 Zentner Mehl geliefert werden. Drei sollten insbesondere die kleinen und mittleren Getreideerzeuger bevorzugt werden. Der Ausschuss ging von der Voraussetzung aus, daß die zu beliefernden Erzeuger ihrer Ueberlieferungsfrist bis zu 70 v. S. genügt haben müßten.

Nach mehrstündiger Aussprache nahm das Haus die beiden Entwürfe an und legte die zweite Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums fort. Ohne erhebliche Aussprache wurden alle Positionen des Eeres- und Marineetats erledigt, die Annehmungen durch Entwürfe oder Entschlüsse nicht ausgesetzt waren. Alle Bestimmungen wurden verabschiedet.

— Wie stehen — — Klangen da nicht Stimmen — — ein Stimme, von großer Mut milde, festlich durch fremde Zunge — einmal gehört um sie nie wieder zu vergessen — Alfonso de Wibe —

Der Korb mit gelbem Klee zu Boden, Anne-Barbe jagte zurück — Peter kam ihr entgegen — Sie umklammerte, am ganzen Leibe zitternd, seinen Arm. —

„Peter — er ist da — er!“
„Wer ist das?“ fragte Peter.
„Alfonso de Wibe —“ — fort, Peter, fort! nur fort!“

„Hast du ihn gesehen, Anne-Barbe?“
„Die Stimme, die schreie, hört ich —“ — Er ist im Hause — Peter, um aller Heiligen willen, fort!“

„Aber wir bin i Herr in mein Haus“, sagte Peter. „Und wenn i nit leid, den jag i nass!“ So wird gefahrt u nit umkehrt!“

„Peter!“ schrie das Mädchen. —
„Du bleibst da!“ Er schüttelte die Ruder. „Mit dem drecke Schab und i feuchtfisch!“

„Ich gehe mit dir!“ Ich gehe mit dir, Peter!“
„Trotz, stolz, warf Anne-Barbe den Kopf in den Nacken. „Mich hat er schänden wollen, mir soll er weichen!“

Der Fischer stieg die Haustür auf und trat in die Stube. Ein Fenster stand der hispanische Ritter Herr de Wibe, Knechte mit Pariahunden waren um ihn.

„Was gibst's in mein Haus, ihr Herren?“ fragte Peter und schloß die Tür. „An der Tür lehnte Anne-Barbe, blaß, aber stolz.“

Der Spanier hob ein wenig die Hand. „Siehe, Signora Ammerbachin — que gracia! und dies der Hund, so uns Eien kam und die schöne Signora rante!“ Erredet noch nicht so weit, daß man in Konstantz raubt und meuchelt!“

„Mit Verzeihung, Herr — mir Seelen raube und meuchelt nit! Wer schändet in Konstantz, sin einzig de Wibe!“
Das graue Mädchen umspielte des Hispaniers

Versammlung der Zentrumsparlei.

Neuß, 31. Januar.

Der Aufmarsch der Parteien zu den Provinzenwahlen ist im vollen Gange. Bei der gestern vormittag stattgehabten Versammlung der Zentrumsparlei waren die Stuhlreihen des Wintergartensaal der Bürgergesellschaft dicht besetzt. Der Vorsitzende, Herr Direktor Aederfeldt, charakterisierte kurz die Programme der einzelnen Parteien und betonte unter allgemeinem Beifall, daß es gerade in der heutigen Zeit des Wiederaufbaus es gelte, die rechte Stellung zu gewinnen. Diese finde sich bei der Partei der Mitte und des Ausgleichs, der Zentrumsparlei. Siege der extremen Parteien zur Rechten wie zur Linken würden nur zur Verschlimmerung des Unheils beitragen.

Herr Abgeordneter Weinbrenner (Duisburg) behandelte in seiner schlagenden Weise die Bedeutung des Großenwahltag am 20. Februar. Erstens werde der neue Preussentag über die Verfassung der Provinzen zu befinden haben, eine Frage, die ohne Verwaltungsreformen nicht durchzuführen sei. Diese Arbeit werde schwierig und lang sein, und es sei wichtig, daß die Reform im Sinne der Zentrumsparlei sei. Dann werde sich je nach dem Ausfall der Provinzwahl die Frage der Koalition entscheiden. Im Reich sei jetzt die Koalition anders als in Preußen. Das lasse sich auf die Dauer nicht durchführen. Weiter werde man am 20. Febr. zum ersten Mal direkt die Abgeordneten zum Provinziallandtag zu wählen haben. Da solle man nicht vergessen, daß in Zukunft die Provinzialverwaltungen ein viel weiteres Maß von Befugnissen haben würden als jetzt. Auch das Provinzialparlament müsse geändert werden, heute sei es für die Rheinprovinz durchaus ungünstig. Die Deutsche Volkspartei werde mit ihrem Ruf: Preußen in Not im besetzten Gebiete keine Geschäfte machen. Unter den Gegnern mache die Deutsche Volkspartei viel von sich zu reden, sogar eine kathol. Abteilung habe sie gegründet. Es sei aber weiter nichts als die Wiederbelebung der Deutschen Vereinigung aus alter Zeit. (Sehr richtig!) Sie suchte namentlich in der Landwirtschaft Anhänger zu gewinnen. Er möchte da nur bemerken, daß die Landwirtschaft dem Zentrum abgeordnetem Herold mehr zu verdanken habe als dem ganzen Bund der Landwirte. (Sehr richtig!) Von den Sozialdemokraten seien die U. S. P. und die Kommunisten so stark unter sich beschließt, daß man sich einfließen nicht um sie zu kümmern brauche. Die Mehrheitssozialisten kämen als Partei des Wiederaufbaus nicht in Frage, sie hätten Jahrzehnte lang nur unfruchtbare Kritik geübt, heute ihre Anhänger zu positiver Mitarbeit zu bewegen, sei ihnen gar nicht möglich. Gegen die Forderung der Volkssozialisten im Bergbau erhoben sich selbst gewichtige sozialdemokratische Stimmen. Gegen die Aufhebung der Zwangsarbeit hat sich der sozialistische Landwirtschaftsminister Braun ins Zeug gelegt. Der Landwirtschaftsminister haenich hat, trotzdem die konfessionelle Schule durch Gesetz bis auf weiteres festgelegt ist, dem sozialdemokratischen Lehrerverein in Duisburg den Rat gegeben, auf dem Wege der religionslosen Volksschule, das sozialdemokratische Ideal der „Befreiungsfreiheit“ Volksschule zu erreichen. (Hört!) Der Redner wies dann die Vorwürfe zurück, die gegen die Zentrumsparlei ausliefen der Verfassungsreform erhoben worden seien. Unter schwierigsten Verhältnissen habe die Zentrumsparlei das Menschennützlichste geleistet, besonders für die linderreichen Familien. Käme die Sozialdemokratie zur Herrschaft, werde es bald mit dem Berufsbeamtenum aus sein. In einem Volke, das so hilflos am Boden liege wie das deutsche, müßten alle Kräfte bestrebt sein, zusammen zu arbeiten. Nach großen Gesichtspunkten müßte am Wahltag gehandelt werden. Parteipolitik sei nie weniger am Platze gewesen. Wir kämpfen am 20. Februar für die Erhaltung des Christentums, für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes, für die Gleichberechtigung des Volkes und für die soziale Gleichberechtigung. Alle, die dafür eintreten, müssen ihre Stimme der Zentrumspar-

lei geben. (Beifall.) Das Zentrum ist sich gleich geblieben in seinem Parteiprogramm. Alle die Dinge, die Stegerwald in seiner großen Rede gefordert hat, stehen auch schon im Eoeter Gründungsprogramm der Zentrumsparlei. Deutsch, christlich, demokratisch und sozial das sind die Leitsterne der Zentrumsparlei. Das Rheingold ist das echte Gold der deutschen Treue. Wir liegen zwar am Boden, aber nicht am Grabe, und auch dort würden wir die Hoffnung noch aufpflanzen. (Stürmischer Beifall.) Die Hoffnung auf eine Wiedergenehung unseres Volkes kann uns niemand aus dem Herzen reißen. Deutsch, christlich und demokratisch im Bund mit sozialer Gerechtigkeit ist unser Programm, an großen Vorbildern fehlt es uns da nicht. Und am 20. Februar werden wir mit dem alten Schlachtruf: Für Wahrheit, Recht und Freiheit unsere Stimme dem Zentrum geben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende bemerkte, es sei in der öffentlichen Versammlung auch freie Aussprache zugelassen worden, aber niemand melde sich. Die Zentrumsparlei müße die Partei der großen Samlung sein, einzig und geschlossen. Ohne Haß und Verbitterung mit geistigen, blanken Mäsen will sie den Kampf führen. Den großdeutschen Gedanken habe die Zentrumsparlei gepflegt, als andere Parteien noch nicht daran dachten. Herr W. schenke nicht daran, daß sich kein politischer Gegner melde, trotzdem die Zentrumsparlei zur freien Aussprache eingeladen, und wies dann an Hand Berliner Vorgänge nach, daß bezüglich Religionsfeindschaft die mehrheitlich sozialdemokratische Partei nicht besser sei als die Unabhängige sozialdemokratische Partei. Mit der Aufforderung, am 20. Februar mit Einmütigkeit und Geschlossenheit für die Mitte der Zentrumsparlei einzutreten, schloß der Vorsitzende die so anregend verlaufene Versammlung.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Internationaler Kongreß der christlichen Metallarbeiter.

Am 21. Januar hat in Köln eine Vorlesung vom Internationalen Kongreß der christlichen Arbeiter stattgefunden. Den Vorsitz führte der Sekretär des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, Serranens aus Utrecht. Delegierte Belgien, Deutschland, Holland und Frankreich nahmen an der Konferenz teil, während Österreich, Tschechoslowakei und Italien ihre Beistimmung hatten. Der Kongreß der christlichen Arbeiter wird am 10. und 11. März in Köln stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird der Internationale Bund der christlichen Arbeiter-Verbände gegründet werden. Weiter wird der Kongreß Stellung nehmen zu den Fragen der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz. Mit der Vorbereitung des Kongresses ist ein Ausschuss beauftragt, der aus den Abg. Weyrens als Vorsitzenden, Carels (Belgien) und Lorackker (Holland) als Schriftführer besteht.

Regierungskommunisten

namt der „Vorwärts“ den Kommunisten Däumling, indem er schreibt: „Die „Rote Fahne“ wendet sich gegen unsere Mitteilung, daß sich Däumling „Weiteiter“ im Frühjahr 1919 durch einen Mittelmann um einen Zuschuß von 30 000 Mark an den „Heimatsdienst“ gewandt und diese Summe schließlich durch die „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Erziehung“ erhalten habe.“

Wir halten unsere Behauptungen aufrecht. Die bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen über den „Heimatsdienst“ werden Herrn Däumling Gelegenheit geben, sich zu der Darstellung der Reichszentrale für Heimatsdienst zu äußern. Mit der Absicht: „insbesondere hat Genosse Däumling mit ihr nichts zu tun“ ist gar nichts bewiesen. Wir haben in unserer ersten Veröffentlichung ausdrücklich mitgeteilt, daß sich die Redaktion des „Arbeitsrates“ eines Mittelmannes bedient.

Der Peter tot! Dort steht sein Fenster, er laßt Lot der Peter — und sie?

„Anne-Barbe schneite auf! Stand wie eine Iree. Schöne Signorale! Amante mi!“
Da läuft sie auf den Hispanier. Hing an seinem Hals, würgte ihn, tief die Nägel in sein Fleisch drückend.

Er zerrte sie von sich.
Verwundet nur schlug sie die Finger um seinen Hals. Er schlenkerte sie mit wilder Gewalt zu Boden.

Die Knechte fielen über eine Ohnmächtige, die sie festhielten.

Silbernes Netzwerk lag der Mondschein auf den Steinfliesen, lang und schmal zeichnete sich das Fenstergitter an der Mauer.

Anne-Barbe ruhte auf dem niedrigen Schragen. Unausgesprochen rannen Tränen unter ihren geschlossenen Lidern hervor. Den Peter hatten sie erschlagen, ihr Leben vernichtet! Begriff sie vollkommen, daß der Peter weggeworfen war wie Aeneas von einer Schieferdecke! Nun war ihr Leben eine leere Tafel, der es beschreiben, war tot. — Reglos, gelähmt, betäubt lag sie, eine Woge von Qual spülte über sie hin.

Manchmal schüttelte ein Schluchzen ihre müden Glieder. Dann flage sie mit leiser Stimme: „Mein Viehster ist von mir gegangen — ich wollte bei ihm sein — er hat mich verlassen.“ — Tränen strömten über ihr bleiches Antlitz.

Als die erste Morgenröte mit blasser Rosenfärbung die Kammer färbte, sank Anne-Barbe in tiefen Schlaf. Es war lichter Tag, da sie erwachte.

(Schluß folgt.)

Humoristisches.

Vor Gericht. „Sie sind angeklagt. Ihre Frau geschlagen zu haben.“
„Weider.“
„Wo bedauern Sie Ihre Handlungswiese!“
„Nein, die Anklage.“

Das Lied von Peter dem Fischer und der treuen Anne-Barbe.

5) Eine Bodenfeigeschichte von Juliana von Stockhausen.

Heißig schaukelte der Kahn, eine große Welle hob ihn auf. Peter fuhr empor; solche Wellen bringt mir ein groß Schiff, wie sie drunten an der Konstanzer Rände liegen oder zu Lindau und Ueberlingen. — Wie kam solch ein Schiff auf die Insel? Peter spähte, die Hand vor Augen, durch den leuchtenden Sonnenglanz. — Da — da — am Bürgelastock, wo die gemalte Madonna übergroß von der Mauer grüßt, schloß ein schwarzgold wimpelig Schiff an Land! Wieder hob eine Welle den Kahn. „Was ist, Peter?“ fragte Anne-Barbe jäh bekommen.

„Was weiß i? Wird der Abt fremde Gäste herbeigeholt? Scharf mich gering! Obacht gebe ich! Hehl! Mord!“

Folgiam beugte Anne-Barbe den Kopf —

„Peter, mir ist so sonderbar — ich mein, es müßten Konstanzer sein.“

„Woght, um wen? Komme wenigmal Konstanzer Schiff u' d' Reichenau!“

Einem Namen formten Anne-Barbes Lippen, einen schrecklichen — Alfonso de Wibe — allein sie schwieg. Es war, als seien Nebel über all den Glanz und Glanz gezogen, über ihr Herz. —

Im Schoß der Hohenwiel versank die Sonne. Gold farbte fliehend die Regellebige zu leuchtenden Falen. Wäbe von Gold die Mauer, bis ins Wasser rann die gleißende Pracht! Rosen flogen am Himmel, wiedergespiegelt im See, purpurn und violett. — Lang und dunkel wie ein Heilige im Aufgewand, lag die Insel.

Der Kahn stieß ans Land.
„Nimm d' Fisch, Anne-Barbe“, befahl Peter. „I kann giei nach! Mach ebe noch das Gundele fisch!“ Sie hob den Weidenkorb mit den Fischen, schritt langsam, die Last auf dem Kopf tragend, zur Bütte.

4. Stimmzettel ohne Aufschrift sind gleichzustellen, bei denen die Aufschriften strichen sind.

